

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2012, Drucks.-Nr. 12/0811, ist als Anlage beigefügt. Der Rat der Gemeinde Nümbrecht hat in seiner Sitzung am 02.02.2012 den Verweis des Antrages in den Gemeindeentwicklungsausschuss und den Haupt- und Finanzausschuss beschlossen.

Die SPD-Fraktion stellt den Antrag, der Rat möge beschließen:

„Die Verwaltung wird beauftragt ein Service- und Vermarktungskonzept, sowie ein Ansiedlungskonzept für gemeindliche Gewerbeflächen zu entwickeln und umzusetzen. Eine Kostenstelle für externe Fachplanung ist im Haushalt 2012 einzustellen.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Es ist zutreffend, dass die Vermarktung von Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Elsenroth unbefriedigend ist.

Die Erschließung des Gewerbegebietes Elsenroth erfolgte bis Ende 2006. Insgesamt 71.055 qm wurden zur Vermarktung erschlossen.

Ende 2006 wurde der erste Kaufvertrag (Umsiedlung, 3.081 qm) abgeschlossen. In 2007 folgte der 2. Kaufvertrag (Ansiedlung, 4.300 qm), in 2009 der 3. Kaufvertrag (Ansiedlung, 3.623 qm). Insgesamt sind somit 11.004 qm bis Anfang 2009 veräußert und zum heutigen Tag bebaut. An Erweiterungsflächen für die Betriebe sind zunächst rd. 6.111 qm reserviert und sollten nur in Abstimmung mit den ansässigen Betrieben zur Vermarktung angeboten werden. Im Dezember 2012 hat der Rat zwei weitere Verkäufe (Um- und Ansiedlung) mit einer Gesamtfläche von 5.710 qm beschlossen. Somit stehen aktuell rd. 48.200 qm zum Verkauf an.

Betrachtet man den Zeitraum Ende 2006 bis heute so wird deutlich, dass der Grund für die stagnierende Vermarktungssituation also nicht alleine in der Vermarktungsstrategie der Gemeinde Nümbrecht zu suchen ist, sondern insbesondere auch auf die allgemeine konjunkturelle Lage zurückzuführen ist. Die Ursache ist insoweit auch in der Immobilien- und der folgenden Wirtschafts- und Finanzkrise zu sehen.

Bezüglich der Punkte 1.) „Informationen“, 2.) „Aufzeigen von Fördermöglichkeiten“ und 3.) „Beratungen bei Existenzgründungen“ wird auch auf die Informationen unserer Homepage verwiesen. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass den kundigen Betroffenen sehr wohl die Ansprechpartner bekannt sind und diese auch das persönliche Gespräch in Anspruch genommen haben. Die individuelle Beratung hat nach Auffassung der Verwaltung eine höhere Akzeptanz als beispielsweise eine Zusammenfassung aller möglichen Informationen und Fördermöglichkeiten. Diese führen häufig zu einer Überfrachtung und Unübersichtlichkeit.

Die unter Punkt 4.) „Bestandspflege“ genannten Punkte sind als durchaus wichtige Themen anzusehen. Die Versammlung der Eigentümer und Geschäftsinhaber des Hauptortes Nümbrecht hat gezeigt, dass die Gemeinde Nümbrecht nicht ausreichend als möglicher Koordinator/Berater im Rahmen der Vermietung von Ladenlokalen etc. wahrgenommen wird. Aus dem anstehenden Dialog im Rahmen der Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes soll die Unterstützung/Verantwortlichkeit der Gemeinde Nümbrecht in diesen Fragen aber offen angesprochen und verbessert werden.

Die eigene Durchführung von Wirtschafts- und Unternehmensforen (z.B. „Unternehmerfrühstück“) ist nach wie vor geplant. Kontakte zu Firmen oder die Teilnahme an Unternehmensforen, die durch Dritte organisiert werden, erfolgen stetig und anlassbezogen.

Zu Punkt 5.) „Vermarktung“ bleibt auszuführen, dass die Verwaltung die entsprechenden Internetplattformen zur Bewerbung der Gewerbegrundstücke nutzt. Sofern die Wirtschaftsförderung des Kreises auf Messen teilnimmt, werden auch Informationsmappen der Gemeinde Nümbrecht ausgelegt und ausgehändigt. Die Intensität und Aktualität der Bewerbung der gemeindlichen Gewerbeflächen ist sicherlich ausbaufähig, ist jedoch vielfach der mangelnden Personalkapazität geschuldet.

Ein Service- und Vermarktungskonzept sowie Ansiedlungskonzept besteht in Schriftform nicht. Dennoch besteht seitens Politik und Verwaltung Einverständnis in Art und Weise der Unterstützung der Gewerbetreibenden in Hinblick auf Erweiterungs-, Umsiedlungs- und Ansiedlungswünsche.

Der Antrag sieht vor, eine Kostenstelle für externe Fachplanung im Haushalt 2012 vorzusehen.

Die Verwaltung ist der Auffassung, dass eine externe Planung nicht notwendig ist. Ggfs. sollte ein weiterer Abstimmungsprozess zwischen Politik und Verwaltung erfolgen um Ziele und Vorgehensweisen zu bestimmen.

Finanzielle Auswirkungen:

Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation ist die Beauftragung eines Fachplaners nicht möglich. Dies könnte lediglich vor dem Hintergrund eines möglichen Flächennutzungs- oder Bauleitplanverfahrens erfolgen und wäre mit den Kommunalaufsichten abzustimmen.

Beratungsverlauf:

BM Redenius stellt fest, dass die Entwicklung des Gewerbegebiets Elsenroth leider nicht so verlaufen ist, wie es wünschenswert wäre. Die Vermarktung der Bauplätze stockte über mehrere Jahre, trotz Werbung, trotz Internetauftritt, trotz Teilnahme an Messen.

Es müsse eigentlich dringend etwas geschehen, jedoch sei es aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde leider nicht möglich, eine Fachkraft einzustellen, die die Vermarktung gewerblicher Grundstücke forcieren könne. Diese Aufgabe müsse mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden, was erheblich schwieriger sei.

AM Rönchen erläutert, dass der Antrag der SPD ohne Kenntnisse der aktuellen Haushaltssituation gestellt wurde. Es wird daher von Seiten der SPD im Antrag darauf verzichtet, weitere Haushaltsmittel einzustellen. Der Beschlussvorlage könne insoweit zugestimmt werden.

AM Blum fragt, ob sich der SPD-Antrag nicht mit den Tätigkeitsfeldern und Aufgabenstellungen der Wirtschaftsförderung durch den Oberbergischen Kreis überschneide und ob auch nicht die IHK diese Aufgabenbereiche wahrnehme. Was könne die Gemeinde noch zusätzlich tun?

BM Redenius antwortet, dass der Kreis zunächst auf die Datenbestände angewiesen

sei, die von den Kommunen geliefert werden. Wirtschaftsförderung sei aber ureigene Gemeindeaufgabe. Der Kreis vermarkte die Wirtschaftsregion Oberberg. Dies sei auch für bestimmte Zwecke, wie z.B. Messeauftritte gut. Alle Aufgaben der kommunalen Wirtschaftsförderung könne der Kreis jedoch nicht erfüllen. So sei z.B. Nümbrecht auf Mitglied des Gründer- und TechnologieCentrums (GTC). Allerdings habe sich hieraus bislang noch keine einzige Anfrage nach einem Gewerbegrundstück ergeben.

AM Frommhold möchte wissen, ob es „Headhunter“ für Wirtschaftsbetriebe gebe, die das Marketing übernehmen könnten? Zudem wolle er den Vorschlag unterbreiten, ob nicht „rüstige Rentner“ mit entsprechender Erfahrung als Wirtschaftsförderer für die Gemeinde tätig werden könnten.

BM Redenius erklärt, dass die Gemeinde versuche, ins Marketing zu kommen. Allerdings gehe dies in der Regel nur gegen Geld. Man werde sich aber informieren, ob es eine kostenlose Möglichkeit gebe, die gemeindlichen Gewerbegrundstücke in ein Vermarktungsforum einzustellen.

AM Gottschlich schlägt vor, dass das Gewerbegebiet Elsenroth ein „Thema“ erhalte. Stichwort sei z.B. „erneuerbare Energien“. Hierbei könnte vielleicht mit den Gemeindewerken Nümbrecht ein Hauptamtlicher gewonnen werden, der die Umsetzung erneuerbarer Energien vorantreibe und auch das Marketing übernehme.

AV Daub weist darauf hin, dass bei allen Vorschlägen der bisher gültige Grundsatz zu beachten sei, dass nur Firmen, die auch entsprechende Arbeitsplätze bieten würden, ein Grundstück erhielten. Man wolle nach wie vor z.B. keine Gewerbeflächen für Logistikzentren, in denen nur 400 € Kräfte beschäftigt seien.

AM Blum möchte wissen, inwieweit bislang mit IHK und Handwerkskammer Kontakte gepflegt würden.

BM Redenius erläutert, dass regelmäßige Treffen und damit ein regelmäßiger Austausch stattfinden würden. Das Gewerbegebiet Elsenroth sei aber aufgrund seiner verkehrlichen Anbindung leider nicht erste Wahl bei Ansiedlungersuchen. Die Entfernung zur Autobahn sei oft das Hauptkriterium, warum sich Betriebe nicht in Elsenroth ansiedelten.

Weitere Fragen der Ausschussmitglieder werden zur Zufriedenheit beantwortet.